



WID - Kompakt Nr. 17/80

1. **Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst**
2. **Verfassungsschutzbericht Linksextremisten in Rheinland-Pfalz**
3. **Ingenieure vom Landesbetrieb Mobilität**
4. **Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse**
5. **VG Mainz: Betrieb eines Dieselfahrzeug mit unzulässiger Abschaltvorrichtung untersagt**
6. **EU: Klarstellung: EU-Datenschutz verbietet keine Wunschzettel-Aktionen zu Weihnachten**
7. **EU: Kreislaufwirtschaft: Gesetzgeber wollen Düngemittel aus Bioabfall fördern**
8. **EU-Parlament billigt Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien**
9. **EU-Parlament: Rechte von Bahnreisenden modernisiert: Besserer Schutz für Fahrgäste**
10. **Frankreich: Nationalversammlung beschließt Gesetze gegen „Fake News“ in Wahlkampfzeiten**

1. **Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst**

Die Aufgaben des **Öffentlichen Gesundheitsdienstes** sind in den letzten Jahrzehnten vielfältiger und umfangreicher geworden, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU (Drs. 17/7740; vgl. auch WID-Kompakt 17/74 vom 12.10.2018). Dies liege unter anderem an **Weiterentwicklungen in der Medizin** und an **gesellschaftlichen Veränderungen**. Zu den Aufgaben der Gesundheitsämter zählten beispielsweise große **Seuchenzustände** (wie die EHEC-Epidemie im Jahr 2011), die Verbesserung der **Krankenhaushygiene** und das **Impfwesen**. Zu ihrer angemessenen Bewältigung müssten Amtsärztinnen und Amtsärzte neben der rein medizinischen Ausbildung auch über Kenntnisse in anderen Gebieten verfügen.

In den nächsten zehn Jahren gingen 63 Prozent der Amtsleiterinnen und Amtsleiter bzw. ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter in den Ruhestand. Die Landesregierung unterstütze die Kommunen bei der Wiederbesetzung, indem sie beispielsweise **Weiterbildungsmöglichkeiten** speziell für den Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen eröffne.

Gründe für die Nichtbesetzung von Arztstellen in den Gesundheitsämtern sieht die Landesregierung im **Bewerbermangel**, der vor allem von kleineren Gesundheitsämtern im ländlichen Bereich als wichtigste Ursache genannt werde.

Maßnahmen der Kreisverwaltungen zur **Steigerung der Attraktivität** der Arzttätigkeit im öffentlichen Gesundheitsdienst lägen insbesondere in den Bereichen Gehalt, Fort- und Weiterbildung sowie der Arbeitssituation – hierzu zählten beispielsweise flexible Arbeitszeiten, unbefristete Arbeitsverträge oder die Einrichtung der Möglichkeit von Home Office.

2. **Verfassungsschutzbericht Linksextremisten in Rheinland-Pfalz**

Die Bereiche Mainz und Koblenz sowie die Rhein-Neckar-Region seien in Rheinland-Pfalz die regionalen Schwerpunkte von Linksextremisten, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7725). Der **Verfassungsschutz** beobachte hierbei in erster Linie extremistische Strukturen und Gruppierungen.

Aktuell seien dem rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz vier Personen mit **waffenrechtlichen Erlaubnissen** bekannt. Sofern Gründe vorlägen, die zu einem Entzug der Erlaubnis führen könnten, würden die Waffenbehörden hierüber informiert.

Als weitere polizeiliche Maßnahme gegen Personen aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität komme auch ein vorübergehendes **Aufenthaltsverbot** in Betracht. Die Prüfung, ob in einem konkreten Einzelfall eine solche Maßnahme zulässig und notwendig sei, obliege der zuständigen Polizeidienststelle.

3. Ingenieure vom Landesbetrieb Mobilität

Der Landesbetrieb Mobilität (LBM) benötige vornehmlich Personal in den Aufgabenbereichen Planung, Straßen- und Brückenbau, führt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage aus (Drs. 17/7732). Hier würden besonders staatlich geprüfte Technikerinnen und Techniker sowie Ingenieurinnen und Ingenieure im dritten Einstiegsamt benötigt. Der LBM rekrutiere den entsprechenden **Personalnachwuchs** vornehmlich über **interne Entwicklungs- und Aufstiegsfortbildungen** sowie **externe Einstellungen**.

Seit dem 18. Mai 2016 seien bislang 64 Ingenieure des dritten und vierten Einstiegsjahres altersbedingt ausgeschieden. Bis zum Ende der Legislaturperiode (17. Mai 2021) würden voraussichtlich weitere 32 Ingenieure des dritten und vierten Einstiegsjahres in den **Ruhestand** gehen.

4. Berichtsansträge für die Landtagsausschüsse

Zur Behandlung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse stehen unter anderem folgende Anträge an:

- Die Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen gemeinsamen Berichtsantrag zum Thema „**Ein Jahr #MeToo-Debatte**“ in den Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung eingebracht (Vorlage 17/3987). Vor einem Jahr habe die Debatte ihren Anfang genommen. Seitdem hätten unter dem Hashtag #MeToo unzählige Frauen – auch in Rheinland-Pfalz – ihre Erfahrungen mit sexuellen Übergriffen, Missbrauch und Diskriminierung öffentlich gemacht. Die Fraktionen bitten die Landesregierung um eine politische Bewertung und um Darstellung dieser Debatte.
- „**Rettungshubschrauber der Johanniter Unfallhilfe (JUH) in der Pfalz**“ lautet der Betreff eines Berichtsantrags, den die Fraktion der CDU für den Innenausschuss gestellt hat (Vorlage 17/3983). Seit Oktober 2018 stünde laut einer Pressemitteilung des Landkreises Kusel ein Rettungshubschrauber der JUH bereit, um Intensivpatienten zwischen den Standorten des Westpfalz-Klinikums (WPK) zu befördern. Der Rettungshubschrauber werde jedoch offensichtlich nicht nur für innerklinische Verlegungstransporte im Bereich WPK eingesetzt, sondern von der Integrierten Leitstelle auch für Rettungsdiensteinsätze. Die Landesregierung möge insbesondere berichten zu der Frage der Notwendigkeit unterstützender Einsätze, deren Rechtsgrundlage und einer eventuellen Genehmigung der Teilnahme am Rettungsdienst einschließlich der Haltung der Kostenträger in dieser Frage.
- Ein Berichtsantrag der Fraktion der AfD für den Innenausschuss befasst sich mit dem Thema „**Polizisten anonym melden: Aktivisten starten umstrittene Online-Karte ‚Cop Map‘**“ (Vorlage 17/3897). Der Grund für die Einrichtung der sogenannten „Cop Map“ solle das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz sein, welches viel Kritik hervorgerufen habe, so die Fraktion in ihrer Antragsbegründung. Auf der neu eingerichteten Website könnten Bürger anonym Polizisten und Aktivitäten der Polizei in einer Online-Karte eintragen. Zukünftig solle sich diese Karte nach Angabe der Aktivisten über die Grenzen Bayerns hinaus über ganz Deutschland und die Welt erstrecken.
- Die Landesregierung beabsichtigt, in der nächsten Sitzung des Innenausschusses über das Thema „**Mobiles Arbeiten in der Polizei**“ zu berichten (Vorlage 17/3877).

5. VG Mainz: Betrieb eines Dieselfahrzeug mit unzulässiger Abschaltvorrichtung untersagt

Weigert sich der Halter eines Dieselfahrzeugs, die **unzulässige Abschaltvorrichtung** zu entfernen, so kann die Zulassungsbehörde ihm die weitere Fahrt damit **untersagen**. Das hat das VG Mainz mit Beschluss vom 16. November 2018 (Az.: 3 L 1099/18.MZ) entschieden.

Das VG hatte über den Fall eines Mannes zu entscheiden, dessen Dieselfahrzeug auf dem Prüfstand weniger Abgase ausstößt als im Straßenbetrieb, weil es durch den Autohersteller mit einer sogenannten Abschaltvorrichtung versehen wurde. Er **weigerte sich**, die **Motorsteuerungssoftware aktualisieren zu lassen**. Daraufhin untersagte ihm die Zulassungsbehörde, mit dem Fahrzeug zu fahren, bis er nachweise, dass die unzulässige Abschaltvorrichtung entfernt worden sei.

Zu Recht, wie das VG Mainz im Eilverfahren entschied. Die Zulassungsbehörde habe der **Reinhaltung der Luft Vorrang** vor dem Interesse des Mannes an der Nutzung seines Fahrzeugs einräumen dürfen, auch wenn er für den Einbau der illegalen Abschaltvorrichtung **nicht verantwortlich** sei und die Software-Updates möglicherweise zu neuen **Mängelercheinungen** am Fahrzeug führten.

6. EU: Klarstellung: EU-Datenschutz verbietet keine Wunschzettel-Aktionen zu Weihnachten

Die Europäische Datenschutzgrundverordnung verbietet in keiner Weise Wunschzettel-Aktionen zu Weihnachten. Berichte, die auf das Gegenteil schließen lassen, sind falsch, betont die EU-Kommission in ihrer Presseerklärung vom 21. November 2018.

Um Geschenke an die Kinder zu liefern, dürften die **Kontaktdaten der Familie** aufgenommen werden – vorausgesetzt, die Eltern stimmten zu. Die für diese Situation **seit 20 Jahren geltenden Rechtsvorschriften** habe die Datenschutzverordnung nicht geändert.

Individuelle Aktionen von Städten oder anderen Einrichtungen würden durch die EU-Vorschriften nicht verhindert.

Ausgangspunkt für die Berichterstattung war eine Wunschzettel-Aktion der Stadt Roth in Franken. Die Stadt habe in der Zwischenzeit ein Wunschzettel-Formular veröffentlicht, mit dem die **Zustimmung der Eltern** eingeholt würde.

7. EU: Kreislaufwirtschaft: Gesetzgeber wollen Düngemittel aus Bioabfall fördern

Die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission haben eine vorläufige politische Einigung über den Kommissionsvorschlag vom März 2016 erzielt, der auf dem Aktionsplan der Kommission zur Kreislaufwirtschaft aufbaut und vorsieht die **Verwendung von organischen und abfallbasierten Düngemitteln** zu fördern. Dies teilt die Europäische Kommission in ihrer Presseerklärung vom 21. November 2018 mit. Die Einigung werde den Zugang von **Düngemitteln aus Bioabfallstoffen** zum EU-Binnenmarkt erleichtern. In der Verordnung würden zudem **Grenzwerte** für Kadmium und andere Schadstoffe in Phosphatdüngern eingeführt. Die Vorschriften würden dazu beitragen, Abfälle, Energieverbrauch und Umweltschäden sowie Risiken für die menschliche Gesundheit zu verringern.

Anders als im Fall traditioneller Düngemittel, die sehr **energieintensiv** seien und sich auf knappe natürliche Ressourcen stützten, hätten Düngemittel aus Bioabfallstoffen das Potenzial, die **Landwirtschaft nachhaltiger** zu gestalten, heißt es in der Presseerklärung weiter. Diese neuen Vorschriften würden auch dazu beitragen, im Einklang mit Bemühungen zum Aufbau einer **Kreislaufwirtschaft** in Europa einen neuen Markt für **wiederverwendete Rohstoffe** zu schaffen.

8. EU-Parlament billigt Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Das Europäische Parlament billigt ein verbindliches Ziel für 2030 für erneuerbare Energien und ein Richtziel für die Energieeffizienz als entscheidenden Beitrag zur **Erreichung der Klimaziele** der EU.

Wie das Parlament in einer Pressemitteilung am 13. November 2018 mitteilte, bestätigten die Abgeordneten die mit dem Rat im Juni erzielte vorläufige **Einigung über Energieeffizienz und erneuerbare Energien**.

Bis 2030 muss sich die Energieeffizienz danach in der EU um 32,5 Prozent verbessert haben, während der Anteil der Energie aus erneuerbaren Energien mindestens 32 Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs der EU betragen sollte. Beide Ziele sollen bis 2023 überprüft werden. Sie könnten nur angehoben, nicht gesenkt werden, heißt es in der Mitteilung des EU-Parlaments.

Die **Steigerung der Energieeffizienz** werde den Europäern **sinkende Energiekosten** bescheren, so das EU-Parlament. Darüber hinaus werde Europa seine Abhängigkeit von auswärtigen Lieferanten von Öl und Gas verringern, die lokale Luftqualität verbessern und das Klima schützen.

Biokraftstoffe der zweiten Generation könnten nach Ansicht des EU-Parlaments eine wichtige Rolle bei der Verringerung des CO₂-Ausstosses im Bereich Verkehr spielen, und bis 2030 müssten mindestens 14 Prozent des Kraftstoffs für Verkehrszwecke aus erneuerbaren Quellen stammen. Ab 2019 werde der Beitrag der Biokraftstoffe der ersten Generation zu diesen Zielen schrittweise eingestellt, bis er im Jahr 2030 Null erreicht habe.

Jeder Mitgliedstaat müsse bis zum 31. Dezember 2019 und danach alle zehn Jahre einen zehnjährigen "**integrierten nationalen Energie- und Klimaplan**" mit nationalen Zielen, Beiträgen, Strategien und Maßnahmen vorlegen, betonte das EU-Parlament.

9. EU-Parlament: Rechte von Bahnreisenden modernisiert: Besserer Schutz für Fahrgäste

Die aktualisierten Rechte für Zugreisende sollen höhere **Entschädigungen bei Verspätungen** und eine **bessere Unterstützung** von Menschen mit eingeschränkter Mobilität umfassen, führt das Europäische Parlament in einer Pressemitteilung vom 15. November 2018 aus.

Die Abgeordneten haben sich für eine Reihe von Änderungen der Vorschriften von 2009 ausgesprochen. Ziel sei, eine bessere Unterstützung für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, einen besseren Zugang für Radfahrer und klarere Verfahren zur Bearbeitung von Beschwerden zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten die Eisenbahnunternehmen die Fahrgäste besser **über ihre Rechte informieren**. Die Abgeordneten erhöhten die **Entschädigung für Verspätungen** von mehr als einer Stunde von 25 Prozent auf 50 Prozent des Preises der Fahrkarte. Die Fahrgäste haben neben dem Recht auf Entschädigung auch das **Recht, die Fahrt fortzusetzen oder umgeleitet zu werden**.

10. Frankreich: Nationalversammlung beschließt Gesetze gegen „Fake News“ in Wahlkampfzeiten

In Frankreich soll die **Verbreitung von Fake News**, die eine Wahl beeinflussen können, in Zukunft gerichtlich gestoppt werden können. Bedingung ist, dass die Falschinformationen im Internet **vorsätzlich und massiv** verbreitet werden. Auf Antrag, zum Beispiel eines Kandidaten, kann der Richter dann den Internetanbieter im Eilverfahren verpflichten, den **Zugang** zu diesen Inhalten zu sperren.

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat im Februar 2017 eine Orientierungsdebatte zu dem Thema unter dem Titel „**Demokratie braucht Vertrauen – Gegen Lüge und Hass im Netz**“ geführt. Zu den Möglichkeiten, sich gegen **Fake News** und **Hass-Kommentare** im Internet zu wehren, nehmen zwei Ausgaben der WID-Im Fokus Stellung (WID-Im Fokus Nr. 17/2 und WID-Im Fokus Nr. 17/1).

WISSENSCHAFTLICHER INFORMATIONSDIENST
Referat K 7
• Anne Friedrich • TELEFON 06131-208-2425 • E-MAIL Anne.Friedrich@landtag.rlp.de
• Birgit Schmitt-Paeslack • TELEFON 06131-208-2596 • E-MAIL Birgit.Schmitt-Paeslack@landtag.rlp.de